Amt Eiderkanal Fachbereich 3 - Bauen und Umwelt

Osterrönfeld, 09.01.2023 Az.: 023.23 - Na/MSc

Id.-Nr.: 244115

Vorlagen-Nr.: GV3-1/2023

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status	TOP
Gemeindevertretung Schülldorf	24.01.2023	öffentlich	13.

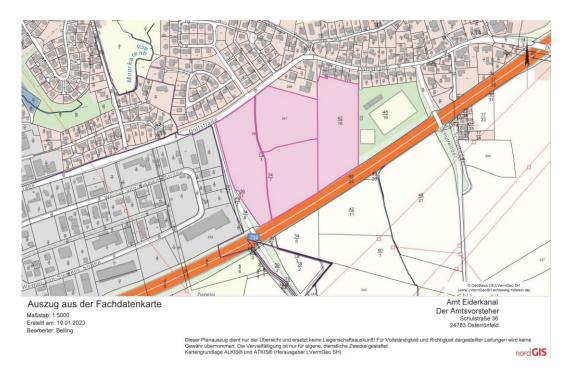
Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 4 "Südlich Dorfstraße" - Aufstellungsbeschluss

1. Darstellung des Sachverhaltes:

In dem aus Osterrönfelder Richtung kommenden rechten Ortseingangsbereiches der Gemeinde Schülldorf zwischen der Dorfstraße und dem Schwarzen Weg auf den Flurstücken 42/16, 246, 247, 34/7,36/1, 75/1 der Flur 12 in der Gemarkung Schülldorf soll eine Wohnbaufläche mit Ein- und Mehrfamilienhäusern entstehen.

Der genaue wohnbauliche und sonstige Bedarf wird noch parallel durch eine Bürgerumfrage ermittelt.

Neben der Aufstellung des B-Planes Nr. 4 "Südlich Dorfstraße" ist die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich.



Sämtliche Kosten für die Planung sollen vom Vorhabenträger übernommen werden. Vorberatungen sind bereits im Bau- und Wegeausschuss erfolgt, die abschließende Beschlussfassung erfolgt durch die Gemeindevertretung.

2. Finanzielle Auswirkungen:

Sämtliche Kosten werden vom Vorhabenträger übernommen.

3. <u>Beschlussvorschlag:</u>

Es wird beschlossen:

- 1.) Für das Gebiet südlich der Dorfstraße, östlich des Schwarzen Weges, nördlich der BAB 210 und westlich des Haus der Jugend Dorfstraße 12a, betreffend u. a. die Flurstücke 42/16, 246, 247, 34/7,36/1, 75/1 der Flur 12 in der Gemarkung Schülldorf, wird der Bebauungsplan Nr. 4 "Südlich Dorfstraße" aufgestellt.
- Ziel und Zweck der Planung ist die planungsrechtliche Sicherung eines Wohngebietes.
- 2.) Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
- 3.) Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs und mit der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Verfahrensführung) soll das Planungsbüro B2K aus Kiel beauftragt werden.
- 4.) Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) soll schriftlich erfolgen.
- 5.) Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll wie folgt durchgeführt werden: Öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats in den Räumen des Amtes Eiderkanal.

Im Auftrage

gez.: Marc Nadolny Amt Eiderkanal